



# HESSISCHER LANDTAG

12. 11. 92

## Antwort

### der Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

auf die Kleine Anfrage der Abg. Kahl und Dörrie (SPD)

betreffend der Situation der Aussiedler und Asylbewerber

im Landkreis Waldeck-Frankenberg

Drucksache 13/2048

Die Kleine Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und für Europaangelegenheiten wie folgt:

Frage 1. Wie viele Aussiedler leben im Landkreis?

Im Landkreis Waldeck-Frankenberg leben - unter Zugrundelegung des Standes vom 30. April 1992 - insgesamt 2.378 Aussiedler.

Frage 2. Aus welchen Ländern bzw. Gebieten kommen diese Personen?

Diese Aussiedler kommen aus dem Bereich der ehemaligen Sowjetunion, Polen und Rumänien. Die Aussiedler aus dem Bereich der ehemaligen Sowjetunion machen etwa 60 v.H. der Gesamtzahl aus.

Frage 3. Welche Kosten verursachen diese monatlich?

Die monatlichen Kosten der Unterbringung dieser Aussiedler beliefen sich zuletzt auf 1.094.040 DM. Hinzu kommen die kurzfristig nicht zu beziffernden Aufwendungen für Verwaltungspersonal, sachlichen Verwaltungsaufwand und soziale Betreuung.

Frage 4. In welchen Gemeinden des Landkreises sind sie untergebracht, jeweilige Anzahl pro Gemeinde?

Die Aussiedler sind in den nachstehend genannten Gemeinden untergebracht: Bad Wildungen 339 Personen, Edertal 107 Personen, Arolsen-Mengershausen 66 Personen, Willingen 158 Personen, Vöhl 108 Personen, Waldeck 120 Personen, Rosenthal 176 Personen, Twistetal 46 Personen, Diemelsee 408 Personen, Frankenau 268 Personen, Lichtenfels 60 Personen, Battenberg 195 Personen, Bromskirchen 44 Personen, Frankenberg-Röddenau 147 Personen, Gemünden Wohra 136 Personen.

Frage 5. Wie viele Asylbewerber leben z.Z. im Landkreis?

Zum Stand 1. Juli 1992 waren vom Landkreis Waldeck-Frankenberg 1.726 Personen untergebracht.

Frage 6. Wie ist die Aufnahmequote des Landkreises bezogen auf das Land Hessen (Januar 1991, Oktober 1991, April 1992)?

Der Kreis Waldeck-Frankenberg hatte zum Stand Januar 1991 eine Aufnahmequote von 630 Personen; zum Stand Oktober 1991 762 Personen; zum Stand April 1992 657 Personen aufzunehmen.

Frage 7. Wie viele Sammel-/Gemeinschaftsunterkünfte gibt es z.Z.?

- a) In welchen Orten befinden sie sich, und wie viele Bewohner befinden sich in Heimen?
- b) Wie viele Asylbewerber leben in Privatwohnungen?

Der Kreis unterhält insgesamt 27 Gemeinschaftsunterkünfte (Stand 1. Juli 1992). Gemeinschaftsunterkünfte bestehen in Allendorf, Arolsen, Bad Wildungen, Battenberg, Bromskirchen, Burgwald, Diemelsee, Edertal, Frankenberg, Gemünden Wohra, Haina, Hatzfeld, Korbach, Rosenthal, Twistetal, Vöhl, Volkmarsen und Willingen. Dort sind insgesamt 1.294 Personen (Stand 1. Juli 1992) untergebracht.

Zum Stand 1. Juli 1992 waren insgesamt 432 Personen außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Frage 8. Wie viele De-facto-Flüchtlinge halten sich im Landkreis auf?

Angaben hierzu wurden von der Kreisverwaltung unter dem Hinweis des hohen personellen Ermittlungsaufwandes nicht gemacht.

Frage 9. Wie viele in erster Instanz abgelehnte Asylbewerber befinden sich im Widerspruchsverfahren?

Eine ablehnende Entscheidung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge können Asylbewerber und -bewerberinnen nur gerichtlich überprüfen lassen, da ein Widerspruch nach §§ 10 Abs. 3 Satz 1, 11 Abs. 2 und 28 Abs. 6 AsylVfG nicht stattfindet. Mit Stand 15. Mai 1992 waren dem Landkreis Waldeck-Frankenberg 2.588 Asylbewerberinnen und Asylbewerber zugewiesen, von denen 293 Gerichtsverfahren (Eil- und Klageverfahren) anhängig gemacht haben.

Frage 10. Welche Kosten verursachen die Asylbewerber monatlich?

- a) Sozialhilfe
- b) Betreuung
- c) Verwaltung und Unterbringung

Zum Stand vom 15. Dezember 1991 (letzter Vergleichsstichtag) waren im Kreis Waldeck-Frankenberg 1.328 Asylsuchende, für welche Leistungen nach dem Landesaufnahmegesetz abgerechnet wurden, untergebracht. Für diese Personen wurden insgesamt 13.492.742,98 DM nach dem Gesetz über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge erstattet. Die Erstattungsleistungen umfassen Sicherstellung des Lebens, Unterhalt, Unterbringung und ärztliche Betreuung. Verwaltungskosten werden nicht erstattet.

Frage 11. Sind in den letzten sechs Monaten Übergriffe auf oder Diskriminierungen von Asylbewerbern im Gebiet des Landkreises bekanntgeworden, polizeilich oder durch persönliche Berichte?  
Wenn ja, welcher Art?

Ab Januar 1992 kam es in Hatzfeld (Eder) und in Frankenberg (Eder) in sporadischen Abständen zur Verteilung von Flugblättern und zum Anbringen von Aufklebern an Schul- und anderen Gebäuden mit ausländerfeindlichem Inhalt.

Auf einigen der Flugblätter war als Herausgeber ein Ehepaar angegeben. Die Flugblätter wurden der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Marburg von der Polizei am 7. Februar 1992 zur rechtlichen Beurteilung übersandt. Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Marburg teilte mit Schreiben vom 17. Februar 1992 mit, daß durch die Verteilung der Flugblätter kein von Amts wegen zu verfolgender Straftatbestand, insbesondere auch nicht der Tatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB) erfüllt worden ist.

In dem Zeitraum ab Januar 1992 sind der Polizei zudem folgende Vorkommnisse gegen Ausländer, Aussiedler sowie Asylbewerber bekannt geworden:

- Am 7. Januar ging bei der Polizeidirektion Waldeck-Frankenberg eine anonyme telefonische Bombendrohung bezüglich eines Aus- und Übersiedlerwohnobjekts in Lichtenfels-Dalwigsthal ein.
- Am 8. Februar wurden in Allendorf zwei junge Männer von Beamten der Polizeistation Frankenberg beim Verbreiten fremdenfeindlicher Flugblätter, herausgegeben vom "Schutzbund für das deutsche Volk e.V." (SdV), 6000 Frankfurt am Main, und vom Freundeskreis "Freiheit für Deutschland", Bochum, angetroffen. Nach Sicherstellung der Flugblätter bei einem Verteiler erschien ein Ehepartner des oben erwähnten Ehepaares bei der Polizeistation Frankenberg und forderte die Rückgabe der Schriftstücke.
- Am 21. Februar teilte ein anonymes Anrufer der Polizeistation Frankenberg mit, daß für den 22. Februar ein Anschlag gegen ein Asylbewerberwohnheim in Marburg geplant sei.

Frage 12. Befinden sich im Landkreis Waldeck-Frankenberg Asylbewerber, die aus den neuen Bundesländern zurückgekommen sind?

Die Frage kann wegen des unverhältnismäßig hohen Ermittlungsaufwandes nicht beantwortet werden.

Frage 13. Seit einigen Monaten formiert sich auch im Landkreis Waldeck-Frankenberg eine Gruppe rechtsradikaler Skinheads, die sich "Sauerländer Aktionsfront" nennen. Sind eventuelle Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden?

Polizeiliche Erkenntnisse über rechtsradikale "Gruppierungen" im Raum Waldeck-Frankenberg liegen nicht vor. Aus dem Raum Hatzfeld/Frankenberg sind neben den erwähnten Flugblattaktionen nur vereinzelte Farbschmierereien bekannt, deren Täter jedoch bislang nicht ermittelt werden konnten.

Eine Gruppe "Sauerländer Aktionsfront", in der sich rechtsradikale Skinheads sammeln, ist nicht bekannt. Anfang des Jahres war die Rede von einer Gruppe, die sich "Reaktionsgruppe" nannte. Aber auch hier haben die Nachforschungen zu keinen Erkenntnissen geführt, die auf eine Formierung Rechtsradikaler schließen läßt. Mutmaßlich ist hier ein Zusammenhang mit der bereits erwähnten Flugblattaktion gegeben.

Ergänzend wird auf die Antwort der Kleinen Anfrage des Abg. Fischer (CDU) betreffend Bedeutung der rechtsextremistischen Szene in Waldeck-Frankenberg - Aktivitäten von Skinheads und Hooligans - Drucks. 13/1363 zu Drucks. 13/834 - hingewiesen.

Wiesbaden, den 3. November 1992

**Blaul**